

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Konrad Gilges MdB zum Erfordernis, faschistische Computerspiele schnell und wirksam zu bekämpfen: Nazihelden auf Diskette.

Seite 1

Günter Schrempp MdL zu den Vorschlägen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten: Späth's neues Bauherrenmodell treibt die Mieten hoch.

Seite 3

Barbara Schmidbauer MdEP zu einer Studie über die Lage in den EG-Staaten: Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Gleichberechtigung.

Seite 5

44. Jahrgang / 76

20. April 1989

Nazihelden auf Diskette

Zum Erfordernis, faschistische Computerspiele schnell und wirksam zu bekämpfen

Von Konrad Gilges MdB

Der bundesdeutsche Rechtsextremismus beschränkt sich nicht nur auf die Schönhubers und Freys. Der notwendige Hinweis auf das Erstarken der neuen und alten Ultrarechten in bundesdeutschen Parlamenten hat den Blick auf die schleichenden Gefahren durch den Rechtsextremismus verdeckt. So sind Kinder und Jugendliche die Adressaten rassistischer und faschistischer Computerspiele. Was wir vor Jahren beim Video-Boom oder den Spielhallen erleben mußten, erstreckt sich heute in die Computerwelt.

Unter dem Deckmantel technischen Wissens werden „Spiele“ wie der „Anti-Türken-Test, made in Buchenwald“ oder „KZ-Management“ angeboten. Punkte winken dem, der die meisten Juden erschießt oder Zigeuner, Homosexuelle, Ausländer und Aussiedler liquidiert. Die faschistische Propaganda hat Einzug in das bundesdeutsche Kinderzimmer gehalten.

Nachfolgender Auszug aus dem Spiel „The Nazi“ mit Fragen, Antwortvorgaben und Bewertungen verdeutlicht, wie nationalsozialistisches Gedankengut propagiert und Haß gegen Türken und andere geschürt wird.

Es klingelt an der Tür und Adolf Hitler steht draußen. Was machst Du?

Ich sage...

- a) Mein Adolf
- b) Heil Dir mein Führer
- c) Geh weg Du Jude
- d) Wir geben nichts

Reaktion auf

- a) „Dieser Gruß ist eines Führers nicht würdig!!!“
- b) „Sehr anständig von Dir“
- c) „Du bist ein Volksschädling ersten Grades! Stirb' Du Sack!“
- d) „??? Adolf Hitler ist doch kein armer Bettler. Du Mistratte!“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfacher-Umgebung
mit 6 erweiterbaren Rohstoffen
Recycling-Papier



Stell Dir vor, Du steigst in ein Taxi und der Fahrer ist ein Türke! Was machst Du?

- a) Ich steige ein und fahre mit
- b) Ich nehme ein anderes Taxi
- c) Ich werfe eine Granate ins Taxi

Reaktion auf

- a) „Du elender Türkenfreund“
- b) „Das ist gut, aber zu harmlos!“
- c) „Eine wahrhaft deutsche Lösung!“

Wir müssen diesen Tendenzen vornehmlich politisch, aber natürlich auch mit den uns zur Verfügung stehenden strafrechtlichen Mitteln begegnen. Aufklärung steht dabei an erster Stelle. Denn es sind Kinder, womöglich noch im Vorschulalter, die mit den entsprechenden „Spielen“ konfrontiert werden und die Eltern bemerken zumeist nicht, was sich auf dem Computer-Bildschirm abspielt.

Die Bundesregierung, Parteien und Verbände haben die Aufgabe hier gemeinsam zu reagieren. Die Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sollte sich schnell überlegen, welche geeigneten Kampagnen zu ergreifen sind. Rechtliche Reaktionen sind zu wenig und überhaupt stehen sie vor einer ganz neuen Situation:

- Raubkopien können in Sekunden und in unbegrenzter Zahl hergestellt werden, ohne daß der „Erfinder“ seinen Namen preis geben muß;
- die „Spiele“ können auch auf Disketten mit ansonsten harmloser Software versteckt werden;
- die Weitergabe wird wohl zumeist in der Schule oder zu Hause erfolgen.

Wenn es stimmt, daß heute bereits eine halbe Million Schülerinnen und Schüler die Nazihelden abrufbar auf Diskette haben, gilt es, sich gemeinsam und unverzüglich damit auseinanderzusetzen.

(-/20.4.1989/vo-he/rs)

Späth's neues Bauherrenmodell treibt die Mieten hoch

Zu den Vorschlägen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten

Von Günter Schrempp MdL

Vorsitzender des innenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg
Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes in Baden-Württemberg

Die von Ministerpräsident Späth jüngst vorgelegten Überlegungen für den Bau neuer Mietwohnungen sind nur ein durch Steuerverzicht hoch subventioniertes Bauherrenmodell, das Mietsteigerungen innerhalb von 13 Jahren von 100 Prozent enthält. Die Öffentlichkeit wird ein weiteres Mal in unverantwortlicher Weise getäuscht: Derselbe Lothar Späth, der in den vergangenen Jahren alles tat, um den sozialen Mietwohnungsbau im Land und im Bund abzuwürgen, spielt sich heute als Architekt des sozialen Wohnungsbaus auf. Bei Lichte betrachtet aber handelt es sich bei seinem Vorschlag um nichts anderes als um eine Wiederbelebung höchst fragwürdiger Bauherren-Modelle.

Das angeblich so umwerfende Modell des Ministerpräsidenten wurde von der SPD-Landtagsfraktion nachgerechnet; es ergab sich, daß Bund, Länder und Gemeinden auf Steuereinnahmen von über sieben Milliarden Mark beim Bau von 100.000 Wohnungen verzichten müßten. Für die Kapitalanleger ist dies zwar ein gutes, für den Staat aber ein moserables Geschäft. Bei der vorgesehenen Sozialbindung beim Späth-Modell von nur zehn Jahren ist diese Steuersubventionierung zudem viel zu hoch.

Die Lösung der Wohnungsnot darf nicht auf dem Rücken der Mieter ausgetragen werden. Auch Späth muß endlich verstehen, daß nicht teure, sondern bezahlbare Mietwohnungen dringend gebraucht werden. Zudem hat auch er jetzt gemerkt, daß seine bisherige ideologische Verweigerung der Förderung des sozialen Mietwohnungsbau falsch und die noch in den Haushaltsdebatte vertretene These der CDU-Landtagsfraktion vom „ausgeglichenen Wohnungsmarkt“ ein Irrweg war; aber er ist mitten in seiner Wende steckengeblieben. Das einzig Positive an seinen Vorschlägen ist, daß er die Argumentation der SPD endlich übernommen hat, daß unsere Bevölkerung nämlich kein Verständnis dafür hat, nur für Aussiedler und nicht für alle Bedürftigen und damit auch für die heimischen Mietwohnungen zu bauen.

Das von Späth vorgeschlagene neue Bauherrenmodell würde den Steuerzahler für 100.000 zu bauende Wohnungen bei einem Grenzsteuersatz von 45 Prozent durch die degressive Abschreibung der Baukosten - in den ersten vier Jahren zehn Prozent, in den folgenden drei Jahren fünf Prozent und danach bis zum 25. Jahr 2,5 Prozent - insgesamt 7,245 Milliarden Mark kosten. Allein in den ersten sieben Jahren würden bei den Steuereinnahmen nahezu vier Milliarden durch das Späth'sche Abschreibungsmodell fehlen.

Untragbar ist dabei, daß die Sozialbindung bereits nach zehn Jahren entfallen soll, die Kapitalanleger allerdings vom zehnten bis zum 25. Jahr noch insgesamt 1,77 Milliarden Mark steuerlich abschreiben dürfen, ohne irgendeine Leistung dafür erbringen zu müssen. Besonders katastrophal für die Mieter und die Mieten ist Späths Vorschlag der programmierten Mieterhöhung. Sein Bauherrenmodell steigert die vorgesehene Anfangsmiete von 6,75 DM pro Quadratmeter auf eine Miete nach zehn Jahren von 10,33 DM pro Quadratmeter und auf 13,43 DM pro Quadratmeter und Monat nach dem 13. Jahr!

Der Ministerpräsident sollte sich besser nochmals intensiv mit dem von der SPD-Landtagsfraktion in die Diskussion gebrachten - und - im Gegensatz zu seinem Modell - intelligent finanzierten neuen sozialen Mietwohnungsbauprogramm beschäftigen:

Die SPD hatte vorgeschlagen, an Wohnungsbaugesellschaften 1.050 DM/Quadratmeter verlorenen Zuschuß zu geben. Mit einer Anfangsmiete von 6,50 DM/Quadratmeter und Monat und einer auf vier Prozent steigenden Eigenkapitalverzinsung erhöht sich die Miete nach dem SPD-Sozialmietwohnungsmodell auf 8,41 DM/Quadratmeter im Monat vom 13. Jahr an - und bleibt dann gleich!

Während bei Späths Vorschlag die Mieten nach dem 13. Jahr um nahezu 100 Prozent steigen werden, würden die Mieterhöhungen beim SPD-Programm im gleichen Zeitraum nur circa 30 Prozent betragen.

Das SPD-Programm kostet zwar auch für 100.000 Wohnungen 7,35 Milliarden Mark. Diese öffentlichen Gelder sind jedoch richtig angelegt, da hierfür auch eine Gegenleistung in Form von stabilen Mieten und langen Sozialbindungen erreicht wird. Außerdem liegt der entscheidende Unterschied darin, daß das SPD-Wohnungsbauprogramm kurzfristig realisierbar ist, während für die Umsetzung der Absichtserklärung von Späth erst eine Änderung der Steuergesetze auf Bundesebene notwendig wird. Damit werden Späths Vorstellungen nichts dazu beitragen, die Wohnungsnot möglichst schnell abzubauen.

(-/20.4.1989/vo-he/rs)

* * *

Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Gleichberechtigung

Zu einer Studie über die Lage in den EG-Staaten

Von Barbara Schmidbauer MdEP

Fragen der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Gleichberechtigung hat jetzt Peter Moss für die EG-Kommission untersucht und in einer Studie vorgelegt. Abgesehen davon, daß der Autor es immer wieder bedauert, daß es nicht genügend statistisches Material über die Wünsche junger Eltern zur Kinderbetreuung gebe, kommt er zu sehr wichtigen Feststellungen:

In der EG leben 322 Millionen Menschen; 70 Millionen davon sind Frauen im gebärfähigen Alter, 40 Millionen davon Kinder bis 18 Jahre.

In allen EG-Ländern ist die Beschäftigungsrate von Frauen und Müttern mit kleinen Kindern gestiegen. So stieg etwa in der BRD die Beschäftigungsrate von Müttern mit Kindern bis zu sechs Jahren von 1961 bis 1981 von 31 Prozent auf 39 Prozent. In anderen EG-Ländern, so in Frankreich und Belgien liegt die Beschäftigungsrate bei über 30 Prozent.

In allen EG-Mitgliedsstaaten sind mehr Mütter als Väter teilzeitbeschäftigt. Das heißt, daß diese Form der Beschäftigung eher den Frauen mit Kindern als den Frauen ohne Kinder vorbehalten ist. Weiterhin stellte die Studie fest, je weniger Stunden gearbeitet wird, desto niedriger ist die Qualifikationsstufe. Bei Frauen zwischen 20 und 21 Jahren ist die Beschäftigungsrate am höchsten und fällt dann rapide ab.

Frauen mit Kindern, die arbeiten, verdienen weniger als Frauen ohne Kinder. Also ist auch der Lebensstandard in Haushalten mit Kindern niedriger, als in Haushalten ohne Kinder. Wettgemacht wird diese Situation dadurch, daß die Väter länger arbeiten. Das bedeutet weiterhin, daß die Frauen von ihren Partnern wirtschaftlich abhängig bleiben und eine noch geringere Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.

Das typische Rollenverhältnis wird fortgeführt, ob sie wollen oder nicht. Eine Autorin urteilte über die Situation in Großbritannien folgendermaßen: „Verloren gegangene Einkünfte als Folge von Elternschaft sind der Preis, den Frauen zahlen müssen, nicht aber Männer.“

Immer noch tragen die Frauen weiter die Hauptlast im Haushalt, wenn auch ein gewisser Rollenwandel stattgefunden hat.

Männer sind eher bereit, mit ihren Kindern zu spielen, während sie die unerfreulichen Seiten des Haushaltes lieber den Frauen überlassen.

Eine erschreckend hohe Anzahl von deutschen Männern - 92 Prozent - behauptet, daß sie sich vom Haushalt nicht „berührt“ fühlen. Kein Wunder, so die Studie, tun sie doch so gut wie gar nichts. In den meisten Ländern herrscht das Vorurteil, daß nur die Mütter „gute Mütter“ sind, die zuhause bleiben, solange die Kinder klein sind und somit sind es die Väter, die die Familie finanziell tragen. In der BRD sind 80 Prozent der Väter dieser Auffassung. Wie die Frauen darüber denken, ist statistisch nicht erfaßt.

Es sind die Mütter, die einen hohen Preis für die Erziehungsarbeit zahlen: Rückzug oder teilweise Rückzug aus dem Arbeitsmarkt; niedrige Entlohnung bei sinkendem Lebensniveau; Schwierigkeiten bei Wiedereinstieg in den Beruf, weil die Qualifikation nicht mehr angemessen ist und jüngere und qualifiziertere Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind.

Aber nicht durch traditionelle Rollenerwartungen, sondern auch die Art und Weise von Kinderbetreuungsmöglichkeiten macht es Müttern schwer, auf dem Arbeitsmarkt präsent zu bleiben oder zu werden. Es gibt in der BRD, aber auch in Großbritannien und Irland kaum Plätze für Kinder unter drei Jahren.

Mit Ausnahme von Dänemark, Frankreich oder Belgien, die ein sehr breitgefächertes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten haben, sind in anderen EG-Ländern meist nur die Zentren gut versorgt.

Während in der BRD selbst die Kindergartenzeiten zu kurz sind, um einer geregelten Teilzeitarbeit nachzugehen, sind die ersten Schuljahre für Mütter noch schwieriger zu bewältigen. Die Stundenpläne variieren von Tag zu Tag.

Die deutsche Reaktion darauf: Die Schule habe eine Erziehungs- aber keine Betreuungsfunktion.

Problematisch bleibt auch die Ferienzeit, da Europas Kinder drei bis dreieinhalb Monate Ferien haben. In einigen EG-Ländern - wie Italien, Spanien und Belgien - bieten Schulbehörden, Gemeinden und Staat ein breitgefächertes Angebot Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche an.

Belgien hat wohl das beste Betreuungsangebot von allen EG-Ländern. Es reicht über Krippen für Kinder ab sechs Monate, Kindergarten für Kinder ab 16 Monate, Betreuungsmöglichkeiten vor und nach der eigentlichen Schulzeit bis zu speziellen Einrichtungen für kranke Kinder.

Doch können in keinem EG-Land die Betreuungsmöglichkeiten als optimal angesehen werden und deshalb müssen die Mütter auf private Lösungsmöglichkeiten wie Groß- oder Tagesmütter zurückgreifen.

Auf den Schultern der Mütter liegt also das Problem, Familienarbeit und Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen.

Der Autor der Studie hat der EG-Kommission einige Vorschläge unterbreitet, um die Situation junger Mütter verbessern zu helfen. Dazu gehören:

1. eine Rahmenvereinbarung über Kinderbetreuungseinrichtungen mit Mindeststandards.
2. eine Richtlinie über den Mutterschaftsurlaub mit Mindeststandards (unter anderem mindestens zwölf Wochen bezahlter Mutterschaftsurlaub).
3. die Verabschiedung einer Richtlinie über Elternschaftsurlaub.
4. die Entwicklung eines europäischen Programmes über Kinderbetreuung und Chancengleichheit, im Rahmen dieses Programms sollte ein Seminar für Väter stattfinden, um Väter zu größerem Engagement in der Familienarbeit zu ermuntern.
5. Errichtung eines europäischen Zentrums für Kinderbetreuung, Beschäftigung und Chancengleichheit; dieses Zentrum sollte sich mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten, der Anpassung der Arbeitszeit und den Rollenwandel der Väter befassen.

(-/20.4.1989/vo-he/rs)